

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

25. Jahrgang

Berlin, den 23. Mai 1958

Nummer 21

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

## Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte Mai 1958

### Die internationale Situation

Die Abschwächung der Weltkonjunktur setzt sich fort, ohne daß Anzeichen für eine Änderung zu erkennen sind. Die augenblickliche Preisstabilität an den Weltrohstoffmärkten kann nicht als Beginn eines Tendenzumschwungs gewertet werden. Der Zwang zur Lagerauffüllung in den westeuropäischen Industrieländern, in denen in der Mehrzahl stärkere Produktionsrückgänge bisher vermieden werden konnten, dürfte dem Rohstoffhandel nur eine kurzfristige Stütze geben. Ferner muß berücksichtigt werden, daß die „recession“ in den USA auch in den ersten Monaten dieses Jahres noch immer nicht in nennenswertem Ausmaß auf die Wareneinfuhren übergegriffen hat. Der anhaltende Konjunkturrückgang in den USA und die sich fortsetzende Abschwächung der konjunkturellen Entwicklung in den meisten anderen Industrieländern der westlichen Welt lassen eine erneute Dämpfung des Rohwaren- wie des gesamten Welt handels erwarten.

Da durch die weltwirtschaftliche Rückbildung nur an den Weltrohstoffmärkten Preissenkungstendenzen aufgelöst wurden, dagegen die Preise industriell gefertigter Güter im Durchschnitt noch weiter anstiegen, kamen die Industrieländer im Laufe der letzten Monate in den Genuß einer wesentlichen Verbesserung ihrer „terms of trade“, während andererseits die Rohstoffländer erheblich benachteiligt wurden. Industrieländern, die in den letzten Jahren mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu kämpfen hatten, wurde damit die Möglichkeit zu einer Bereinigung ihrer Außenwirtschaftssituation gegeben. So ist es vor allem Großbritannien jetzt gelungen, die Anspannungen im Verkehr mit anderen Volkswirtschaften vollständig zu beseitigen. Dagegen hat Frankreich, wo die starke Expansion andauert, weiterhin Zahlungsbilanzsorgen. Der Verbesserung der Außenwirtschaftsposition einiger Industrieländer steht zwar eine Verminderung des Leistungsbilanzüberschusses der USA, dem wichtigsten Gläubigerland, gegenüber; sie wird aber vor allem dadurch ermöglicht, daß die Rohstoffländer eine beträchtliche Vergrößerung ihrer Außenwirtschaftsdefizite und einen dadurch bedingten Rückgang ihrer Währungsreserven in Kauf nehmen. Hierbei handelt es sich vor allem auch um einen Rückgriff der Sterling-Rohstoffländer auf ihre Pfundguthaben in der Londoner Währungszentrale. Die Verwendung des Pfund Sterling als internationales Zahlungsmittel erweist sich somit unter den gegenwärtigen Umständen im Inter-

esse der Aufrechterhaltung eines möglichst großen Welthandelsumsatzes als ausgesprochen nützlich. Unter diesem Aspekt gewinnen die neuesten Versuche der britischen Regierung, eine Stärkung ihrer Währung durch zusätzliche Aufnahme von langfristigen Stützungskrediten in den USA herbeizuführen, besondere Bedeutung.

Großbritannien konnte zwar in den letzten Monaten, in denen sich das Handelsbilanzdefizit auf ein Minimum reduzierte und sich der Leistungsbilanzüberschuß erheblich vergrößert haben dürfte, seine Gold- und Dollarreserve in einem unerwartet starken Ausmaß wieder auffüllen und die im Herbst vorigen Jahres erlittenen Verluste mehr als ausgleichen. Jedoch ist die Position des Pfund Sterling noch nicht derart gefestigt, daß empfindliche Pfundschwächen in der nächsten Zukunft nicht mehr zu befürchten wären. Der Rückgriff auf die Sterlingguthaben hat bis jetzt offenbar noch nicht zu einer Inanspruchnahme von in London gehaltenen Gold- und Dollarbeträgen durch das äußere Sterlinggebiet geführt. Sollte die Dollarbilanz des überseeischen Sterlingraumes bei einem fühlbaren Sinken der US-amerikanischen Einfuhr stärker beeinträchtigt werden, als es gegenwärtig der Fall zu sein scheint, so wäre die britische Gold- und Dollarreserve wieder einer Belastungsprobe ausgesetzt. Auch ist in Großbritannien die Preisstabilität keineswegs gesichert. Vom Ausgang der Lohnkämpfe, die zur Zeit in mehreren Bereichen ausgetragen werden, hängt es ab, ob eine weitere nominale Aufblähung des Sozialprodukts in diesem Jahr verhindert werden kann. Bei den gegenwärtig Oberhand gewinnenden konjunkturellen Schwächetendenzen, die sich vor allem im Investitionssektor bemerkbar machen und die einer vollen Ausnutzung der Produktionskapazität entgegenstehen, könnte schon eine geringe Anhebung des allgemeinen Lohnniveaus die Kosten je Produktionseinheit erhöhen und damit erneut Preissteigerungstendenzen auslösen. Die immer noch bestehende Anfälligkeit der britischen Währung kommt in dem leichten Kurseinbruch als Reaktion auf den Lohnstreit zum Ausdruck.

In den USA ist ein Ende des konjunkturellen Rückgangs noch nicht abzusehen. Bis jetzt hat sich nur das Tempo, mit dem im März dieses Jahres sowohl die Industrieproduktion als auch der Absatz und der Auftragseingang der Industrie — nach Ausschluß der Saisonbewegung — zurückgingen, etwas verlangsamt. Diese Verlangsamung ist auf die Entwicklung des Verbrauchs nicht-dauerhafter Güter zurückzuführen, der

sich auch in der gegenwärtigen „recession“ als sehr widerstandsfähig erweist. Er ist im ersten Quartal dieses Jahres nicht weiter geschrumpft. Dagegen hat sich die Abnahme des Verbrauchs dauerhafter Güter im gleichen Zeitraum noch verstärkt. Ebenso gewannen die kontraktiven Kräfte im Investitionsbereich an Stärke. Sowohl der Anlageinvestitionsrückgang als auch das Tempo des Lagerabbaus hat sich im ersten Quartal dieses Jahres beschleunigt. Trotzdem ist die Diskrepanz zwischen Lagerhaltung und Umsatz in der Industrie und im Handel noch größer geworden, so daß mit einem Umbruch der Lagerbewegung zunächst nicht zu rechnen ist. Die Öffentliche Hand hielt sich auch im ersten Vierteljahr dieses Jahres noch zurück. Nur von der Ausgabentätigkeit der Staaten und Gemeinden gingen weiterhin leicht expansive Einflüsse aus, die den Konjunkturrückgang jedoch nur wenig milderten.

### Westdeutschland

Die Bautätigkeit, die im April kräftig einsetzte, hat nahezu die Hälfte der diesmal vor allem aus Witterungsgründen besonders lang anhaltenden Winter-Arbeitslosigkeit absorbiert. Die Arbeitslosenquote ist damit wieder auf etwa 3 vH (gegenüber rund 5,7 vH in den Vormonaten) gesunken; Westdeutschland befindet sich also nach wie vor im Zustand der Vollbeschäftigung.

Der vergleichsweise geringe Kräftebedarf der übrigen Wirtschaftsbereiche zeigt jedoch andererseits, daß der schnelle Abbau der Beschäftigungslosigkeit im wesentlichen nur eine saisonale und keine konjunkturelle Erscheinung war. Die Abflachung der konjunkturellen Entwicklung hat sich vielmehr weiter, und zwar akzentuiert fortgesetzt.

Sicherlich besteht kein Anlaß, aus dieser Abflachung pessimistische Folgerungen etwa derart zu ziehen, daß die westdeutsche Wirtschaft — ähnlich wie die der Vereinigten Staaten im Herbst vergangenen Jahres — vor der akuten Gefahr eines konjunkturellen Umbruchs stünde. Und ebenso besteht damit natürlich auch kein Grund, aus der gegenwärtigen Situation Forderungen nach einem Mehr an konjunkturpolitischer Aktivität abzuleiten. Weder dies, noch das ebenso selbstverständliche Faktum, daß auf boomartige Übersteigerungen notwendigerweise eine Phase der Beruhigung und der Atempause folgen muß, stehen jedoch gegenwärtig zur Diskussion.

Die konjunkturpolitischen Sorgen und die sich hieraus ergebenden Forderungen sind nämlich anderer Art; sie betreffen nicht die aktuelle Situation, dafür aber um so mehr jene nicht mehr zu leugnenden Abschwächungstendenzen im Wachstum der westdeutschen Wirtschaft, die fälschlicherweise auch heute noch vielfach als Atempause, Beruhigung, Anstoßen an Kapazitätsgrenzen und dergleichen mehr gekennzeichnet werden.

Wenn auch noch nicht der Zeitpunkt gekommen ist, expansiv wirkende Maßnahmen zu ergreifen, so wäre es doch an der Zeit, sich zu überlegen, wie einer weiteren Abschwächung gegebenenfalls entgegen gewirkt werden kann. Konnte man in den Vorjahren (1956/57), als diese Verlangsamung im Fortschritt der westdeutschen Wirtschaft einsetzte, diesen Prozeß noch als natürliche Reaktion auf eine vorangegangene Übersteigerung erklären und auf die natürlichen physischen Grenzen hinweisen, die einer höheren als der tatsächlich erreichten Fortschrittsrate zunächst entgegenstanden, so gehen diese Argumente seit einiger Zeit offenkundig fehl.

Die Gründe für die zunehmende Verlangsamung sind inzwischen solche ausschließlich konjunktureller Art geworden, d. h., das Nachfragevolumen bleibt zu den gegebenen Preisen hinter der zu diesen Preisen angebotenen Warenmenge zurück. Dies schließt selbstverständlich nicht aus, daß partiell nach wie vor

Spannungen zwischen Angebot und Nachfrage in entgegengesetzter Richtung bestehen. Das DIW hat bereits im März dieses Jahres<sup>1)</sup> darauf hingewiesen, welche gefährlichen Hemmungen sich aus dieser Konstellation der Preisstarrheit einerseits und des verlangsamten Wachstums der Geldeinkommen andererseits gerade auch für die Erzeugung und deren weiteren Fortschritt ergeben müssen. Die bisher gezeigten Ansätze zu einer Auflockerung dieser Preisstarrheit genügen nicht, um bei der nun einmal bestehenden Verlangsamung im Wachstum der Nominaleinkommen den mit Recht geforderten Übergang zur Mengenkonzunktur zu ermöglichen.

Das Paradoxon einer sich verschlechternden Absatzsituation bei nicht oder zumindest nur unzureichend nachgebenden Preisen und die hierin zum Ausdruck kommende Labilität der gegenwärtigen Preisentwicklung, die mit einiger Wahrscheinlichkeit sofort wieder nach oben tendieren würde, wenn autonome „Anregungen“ die Nachfrage wieder verstärken würden, bedeutet selbstverständlich gerade auch für die Wirtschaftspolitik ein ernsthaftes Handikap, den realen Fortschritt mit allen verfügbaren Mitteln zu fördern.

Die hier mit Nachdruck immer wieder vertretene These von den sich immer mehr abzeichnenden Gefahren einer anhaltenden und sich weiter akzentuierenden Verlangsamung im Wachstum der westdeutschen Wirtschaft stützt sich auf folgende Fakten: Seit einem halben Jahr bleibt die Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen in wachsendem Maße hinter dem Vorjahrsniveau zurück. Seit Beginn dieses Jahres hat sich die Nachfrageschrumpfung im industriellen Bereich von Monat zu Monat stetig verstärkt, wobei es keineswegs nur die Auslandsnachfrage, sondern auch die Inlandsnachfrage war, die — wenn auch nicht so ausgeprägt wie die Bestelltätigkeit des Auslandes — das entsprechende Vorjahrsniveau nicht mehr erreichte.

Hält diese Nachfrageentwicklung im industriellen Bereich weiter an, so ist durchaus der Zeitpunkt abzusehen, an dem auch die industrielle Erzeugung, die bisher immer noch, wenn auch stark verlangsamt, gewachsen ist, nicht nur weiter im Fortschritt nachläßt, sondern nach vorübergehender Stagnation schließlich auch absolut zurückgeht. Die Industrieproduktion insgesamt befindet sich jedenfalls — unbeschadet der sehr starken Unterschiede in der Auslastung der Kapazitäten innerhalb der wichtigsten Erzeugungsbereiche — bereits heute in einer Situation, in der ein ständiges Unterschreiten des im Vorjahr erreichten Nachfrageniveaus bei den gegebenen Preisen zu einer Unterauslastung der inzwischen weiter gewachsenen Kapazitäten und zu nachfragebedingten, absoluten Erzeugungsrückgängen führen muß, weil, wie bereits betont, der Preismechanismus viel zu langsam und damit zu wenig durchschlagend funktioniert, um von dieser Seite her schnelle und wirksame Abhilfe zu schaffen.

Da der Fortschritt der industriellen Erzeugung andererseits die wichtigste Komponente im Wachstum des Bruttosozialprodukts ist, würde ein weiteres Nachlassen im Wachstum und womöglich ein absoluter Rückgang der Industrieerzeugung nicht nur konjunkturelle Gefahren, sondern auch ernste Probleme vor allem im Hinblick auf die Finanzierung der der Öffentlichen Hand gestellten Aufgaben aufwerfen, deren Bewältigung ein starkes reales Wachstum des Sozialprodukts mehr denn je erfordert.

Gegenkräfte gegenüber diesen Schrumpfungstendenzen im Zuwachs der industriellen Erzeugung sind lediglich in der grundlegend veränderten Situation der Geld- und Kreditsphäre vorhanden. Die Bedingungen für die Kreditnahme haben sich wesentlich verbessert, vor allem haben sich die Zinssenkungstendenzen auf den Märkten des langfristigen Kredits weiter fort-

<sup>1)</sup> „Zur konjunkturellen Situation“ in „Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung“, Jg. 1958, Heft 1, S. 11 ff.

gesetzt. Obwohl die Wirtschaft neben der Öffentlichen Hand ihre Nachfrage nach mittel- und langfristigen Krediten gegenüber dem Vorjahr erheblich verstärkt hat, ist dank der anhaltend reichlichen Geldkapitalbildung die Situation auf den Märkten des mittel- und langfristigen Kredits in zunehmendem Maße die eines typischen Käufermarktes. Die Finanzierungsbedingungen für die Investitionen haben sich besonders für die Bereiche, die üblicherweise den Kapitalmarkt in Anspruch nehmen und auf diesen angewiesen sind, wesentlich verbessert. Dies gilt nicht zum wenigsten auch für die Investitionsplanungen der Öffentlichen Hand, die neuerdings verstärkt den Kapitalmarkt

beansprucht und ihre bisher vornehmlich aus Zinskostengründen zurückgestellten Projekte in zunehmendem Maße in Angriff nimmt.

Der kurzfristige Kreditbedarf der Wirtschaft ist demgegenüber nicht nur relativ, sondern auch absolut zurückgegangen. Dieser Rückgang der kurzfristigen Kreditnahme der Wirtschaft ist zwar zu einem Teil Folge der verbesserten Kreditversorgungsmöglichkeiten aus Geldkapitalmitteln und deren verstärkter Beanspruchung, zu einem wesentlichen Teil ist er jedoch Ausdruck der verringerten Aktivität der Wirtschaft.

## Steigender Sozialaufwand mit steigenden Staatszuschüssen in der sowjetischen Besatzungszone

Der Sozialaufwand Mitteld Deutschlands ist in den letzten Jahren ebenso wie in der Zeit des ersten Fünfjahresplanes stetig gewachsen. Der Gesamtaufwand für das Sozial- und Gesundheitswesen stieg von rund 8 Mrd. DM-Ost im Jahre 1956<sup>1)</sup> um rund 18 vH auf fast 9,5 Mrd. DM-Ost im Jahre 1957, wobei der Zuwachs von nicht ganz 1,5 Mrd. DM-Ost zum größten Teil — nämlich mit 1,15 Mrd. DM-Ost — auf die Erhöhung der Sozialversicherungs- und Kriegsofopferrenten (einschließlich 70 Mill. DM-Ost für Rentenzulagen im Dezember 1956) entfiel; dazu kommen noch die Zulagen für Fürsorgeunterstützte. Außerdem verursachte die Grippewelle 1957 einen zusätzlichen Aufwand von rund 100 Mill. DM-Ost für Barleistungen der Krankenversicherung.

Die Sowjetzonenverwaltung sieht sich somit ebenfalls einem ständig steigenden Sozialaufwand gegen-

über, obgleich ihr System der sozialen Sicherung zum Teil nach andersartigen, dem sowjetischen Vorbild sich annähernden Prinzipien entwickelt wird. Die Auswirkungen des Systemunterschiedes — Grundsatzfragen wurden an dieser Stelle früher behandelt<sup>2)</sup> — werden aus der Zusammensetzung wie aus der Höhe der Sozialeinkommen und Alterspensionen in West- und Mitteld Deutschland ersichtlich.

Die Sozialversicherungsrenten sind — bezogen auf die Einwohnerzahl — in Westdeutschland höher als in Mitteld Deutschland. Für Vergleichszwecke sind ihnen die Beamtenpensionen zuzuzählen, da diese Kategorie der Altersversorgung in der SBZ der Sozialversicherung übertragen ist, wobei die Leistungen nach den sehr viel niedrigeren Sätzen der Sozialversicherung erfolgen. Danach entfielen für den Unterhalt der Alten und der nicht mehr Erwerbsfähigen 1956 auf jeden westdeutschen Einwohner jährlich 259,29 DM-West, auf den mittelddeutschen dagegen nur 154,53 DM-Ost. (Die Zahlen für 1956 sind für einen Vergleich unter dem Gesichtspunkt des Systemunterschiedes deshalb besonders geeignet, weil die westdeutsche Rentenreform erst 1957 durchgeführt wurde und weil in beiden Teilen Deutschlands im Dezember 1956 Rentenzulagen gezahlt worden sind.)

Dafür sind die Barleistungen der mittelddeutschen Fürsorge je Einwohner höher: dort erstreckt sich die Fürsorge trotz wesentlich strengerer Richtlinien der Leistungsgewährung<sup>3)</sup> auch auf Menschen, die in Westdeutschland außerhalb des betroffenen Kreises liegen, da sie hier ihren Besitz oder ihre individuellen Vorsorgemaßnahmen behalten haben oder im Rahmen des Lastenausgleichs entschädigt werden.

Schärfere Voraussetzungen für die Anerkennung von Ansprüchen, vor allem die Beschränkung der Leistungen auf Personen, deren Erwerbsfähigkeit um mehr als zwei Drittel gemindert ist, und deren Hinterbliebene halten in der SBZ den Kreis der sogenannten „Haushaltsrentner“ (zum größten Teil Kriegsofopfer) sowie den Aufwand für sie niedriger als in Westdeutschland. In den geringen Aufwendungen für die Arbeitslosenhilfe spiegelt sich der Arbeitskräftemangel in der SBZ wider.

Eine Übersicht über die einzelnen Rentenarten und die Rentnergruppen zeigt, daß die Überführung der Bauern, Handwerker und Selbständigen in die Deutsche Versicherungsanstalt im Frühjahr 1956 zwar eine

Sozialeinkommen und Alterspensionen 1956

Einkommensart	Bundesrepublik (ohne West-Berlin)		Sowjetische Besatzungszone (ohne Ost-Berlin)	
	in Mill. DM- West	je Kopf der Bevöl- kerung in DM- West	in Mill. DM- Ost	je Kopf der Bevöl- kerung in DM- Ost
Renten der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten, der Knappschaftsversicherung und der Unfallversicherung . . .	8 756	173,06	2 563	154,53
Staatszuschuß zur Sozialversicherung der Bauern, Handwerker und Selbständigen <sup>1)</sup> . . . . .	—	—	131	7,89
Barleistungen der Sozialen Krankenversicherung . . . .	1 338	26,44	617	37,20
Arbeitslosenversicherung . .	766	15,13	8	0,48
Arbeitslosenfürsorge . . . .	314	6,20		
Offene Fürsorge <sup>2)</sup> . . . . .	812	16,04	485	29,24
Renten an Kriegsofopfer . . .	3 047	60,20	262	15,79
Wiedergutmachung <sup>3)</sup> . . . .	93	1,83		
Lastenausgleich . . . . .	1 811	35,79	—	—
Kriegsgefangenenentschädigung . . . . .	543	10,73	—	—
Beamtenpensionen <sup>4)</sup> . . . .	4 363	86,23	—	—

<sup>1)</sup> Nur der Zuschuß aus dem Staatshaushalt zu dem bei der Deutschen Versicherungsanstalt gebildeten Fonds für die Sozialversicherung dieser Selbständigengruppe. — <sup>2)</sup> Für die Bundesrepublik einschließlich der Leistungen der öffentlichen Hand nach dem Mutterschutzgesetz und der Krankenfürsorge für Heimkehrer; für die SBZ einschließlich der Tbc-Wirtschaftshilfen. — <sup>3)</sup> Wiedergutmachungsrenten nur an im Inland Lebende. — <sup>4)</sup> Einschl. Bezüge nach Art. 131 GG.

<sup>1)</sup> Nicht alle in der Statistik der „DDR“ unter dieser Position zusammengefaßten Leistungen können als „Sozialaufwand“ bezeichnet werden, so u. a. nicht Aufwendungen für „Aktivistenbewegung, sozialistische Wettbewerbe“ (1956=11,4 Mill. DM-Ost), „Ehrungen und Preise“ (1956=6,8 Mill. DM-Ost) und vor allem Verwaltungskosten.

<sup>2)</sup> Vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 19/1956 und Nr. 14/1957.

<sup>3)</sup> Vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 15/1958.

**Renten und Pflegegelder aus der Sozialversicherung und aus Mitteln des Staatshaushalts (Kriegsopfer) in Mitteldeutschland (SBZ und Ost-Berlin)**  
Angaben jeweils für den Monat Dezember

Rentenart	Fälle		Aufwand		Durchschnittsbetrag je Fall in DM-Ost	
	Anzahl in 1000		in Mill. DM-Ost		1955 1956	
	1955	1956	1955	1956	1955	1956
Sozialversicherungsrenten	3 184	2 803	247,2	285,3	77,64	101,80
davon						
Unfallrenten . . .	121	106	8,0	8,8	65,75	82,47
Invalidentrenten . . .	343	299	32,0	36,6	93,16	122,21
Altersrenten . . .	1 602	1 417	153,1	179,0	95,51	126,35
Bergmannsrente <sup>1)</sup>	4	4	0,4	0,5	100,56	110,38
Witwenrenten . . .	478	415	34,2	42,1	71,64	101,46
Halbwaisenrenten . . .	281	219	10,6	9,5	37,88	43,41
Vollwaisenrenten . . .	17	14	0,9	0,9	56,59	61,75
Halbrenten <sup>2)</sup> . . .	337	328	7,9	8,0	23,43	24,49
Renten aus Mitteln des Staatshaushalts	455	396	22,4	24,7	49,25	62,54
Vollrenten . . .	407	347	21,2	23,5	52,17	67,75
Halbrenten <sup>2)</sup> . . .	48	49	1,2	1,3	24,62	25,58
Pflegegelder . . .	121	126	4,5	4,6	36,91	36,06
davon aus Mitteln d. Sozialversich. des Staatshaushalts	110	115	4,0	0,5	36,44	35,61
	11	12	4,1	0,5	41,87	40,51
Insgesamt . . . . .	3 760	3 324	274,0	314,6	72,89	94,63

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1956 und Vierteljahreshefte zur Statistik der DDR, 1958/I.  
<sup>1)</sup> Renten, die ab Eintritt der Berufsunfähigkeit als Bergmann bis zum Erreichen der Altersgrenze gezahlt werden. —  
<sup>2)</sup> Bei Zusammentreffen von Ansprüchen aus zwei Rentenarten wird die höhere Rente voll, die zweite in halber Höhe ausgezahlt.

zahlenmäßige Verminderung des von der Sozialversicherung zu unterhaltenden Rentnerkreises um 12 vH gebracht hatte, daß aber infolge der Rentenerhöhung vom 1. Dezember 1956 der Rentenaufwand der Sozialversicherung trotzdem um 15 vH angestiegen ist. Das gilt auch für die Kriegsopferrenten, wobei hier allerdings der natürliche Abgang den Kreis der Kriegsbeschädigten verringert hat; auch die Zahl der Waisenrenten nimmt ständig ab, während die Rentenansprüche der Kriegswitwen in den zurückliegenden Jahren in dem Maße gestiegen sind und zunächst auch weiter steigen werden, wie diese die Altersgrenze erreichen oder erwerbsunfähig werden. Vor allem darauf ist die Zunahme der Halbrenten unter den Haushaltrenten zurückzuführen.

Der gesonderte Nachweis der Halbrenten der Sozialversicherung wie der Haushaltrenten gibt ein Bild von dem im Vergleich zu Westdeutschland wesentlich geringeren Ausmaß der Rentenkumulierung in Mitteldeutschland. Danach werden die 2,8 Mill. Renten der Sozialversicherung an rund 2,5 Mill. Empfänger gezahlt; 13 vH der Rentner erhalten auf Grund eines Anspruches auf zwei Rentenarten die höhere voll und die zweite gekürzt ausgezahlt, während 12 vH der Haushaltrentner neben einer Sozialversicherungsrente nur eine gekürzte Kriegsopferrente beziehen. Über die Zahl der von der Fürsorge zusätzlich unterstützten Rentner liegen Angaben nicht vor; fürsorgerechtlich sind derartige Zusatzunterstützungen vorgesehen. Das erhebliche Ansteigen der Durchschnittsrenten vom Dezember 1955 zum Dezember 1956 — als Folge der Rentenerhöhung — bestärkt die Annahme, daß die Zahl der Zusatzunterstützten bei den Sozialversicherungsrentnern nur klein ist; bei den Haushaltrentnern dürfte sie größer sein.

Die Sozialversicherung der SBZ hat auch nach ihrer Beschränkung auf Arbeiter und Angestellte seit 1956

im Gesamtsystem der sozialen Sicherung nicht an Gewicht verloren; ihre Barleistungen erreichten 1956 immer noch 84 vH aller Sozialeinkommen; ihre geplante Etatsumme lag bereits 1957, d. h. ein Jahr nach der Ausgliederung der vorerwähnten Gruppen, um eine halbe Milliarde DM-Ost höher als 1955, dem letzten Jahr mit dem größeren Versichertenkreis. Die Überführung der Bauern, Handwerker und Selbständigen war 1956 damit begründet worden, daß sie infolge zu niedriger Beiträge eine ständige finanzielle Belastung der Sozialversicherung bedeuteten. Infolgedessen war 1956 der Sozialversicherungshaushalt so geplant, daß er — abgesehen von einem geringen Zuschuß zur Berliner Sozialversicherung — ohne Staatszuschuß einen Überschuß von 180 Mill. DM-Ost als Reserve für die damals bereits diskutierte Rentenerhöhung ergeben sollte. Da im Endeffekt nicht nur die Einnahmen, sondern auch die Ausgaben erheblich hinter den Planansätzen zurückblieben, wurde ein — allerdings geringerer — Überschuß erzielt und auf das nächste Jahr übertragen.

Der Plan für 1957 sah nun mit Rücksicht auf die Rentenerhöhung eine Ausgabensteigerung von rund 20 vH gegenüber dem Vorjahr vor; die tatsächliche Zunahme der Ausgaben betrug jedoch fast 23 vH. Im laufenden Jahr 1958 sollen die Ausgaben nach dem Plan nur um 1,8 vH gegenüber den tatsächlichen Ausgaben des Vorjahres steigen; der hierfür vorgesehene Betrag von 119,9 Mill. DM-Ost müßte — wenn der Plan eingehalten würde — allein für den demographisch bedingten Zugang an Rentnern aufgewendet werden.

Die effektiven Einnahmen der Sozialversicherung aus Beiträgen stiegen von 1956 bis 1957 um 6,3 vH und um 12 Mill. DM-Ost mehr als geplant. Bei der erheblichen Ausgabensteigerung in diesem Jahr mußte trotz des Überschußvortrages aus dem Vorjahr der mit 502 Mill. DM-Ost geplante Staatszuschuß um 28 vH auf 643 Mill. DM-Ost erhöht werden; er ist für das laufende Jahr, dessen Plan mit einer Steigerung der Beitragseinnahmen um nur 2 vH rechnet, mit 702 Mill. DM-Ost veranschlagt worden<sup>4)</sup>.

Damit ist die Annahme der sowjetzonalen Fachleute, die Ausgliederung der Selbständigengruppen würde Staatszuschüsse zur Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten unnötig machen, durch die tatsächliche Entwicklung widerlegt worden. Andererseits ist es auch trotz der erheblichen Beitragssteigerungen für die bei der Deutschen Versicherungsanstalt Pflichtversicherten nicht gelungen, einen Ausgleich zwischen Beiträgen und Aufwendungen dieser Versicherungsfonds zu erzielen. Auch hier steigen im Gegenteil die Staatszuschüsse von Jahr zu Jahr: 1956 wurden 131 Mill. DM-Ost, 1957 schon 241 Mill. DM-Ost aus dem Staatshaushalt beigetragen; 1958 wird der Staatszuschuß nach amtlichen Verlautbarungen 300 Mill. DM-Ost erreichen; der Staatshaushalt wird dann für die beiden Arten der Sozialversicherung zusammen über eine Milliarde DM-Ost zusteuern müssen. Diese Zahlen bestätigen die Voraussagen, die an dieser Stelle anläßlich der Überführung der Selbständigengruppen in die Deutsche Versicherungsanstalt über die angesichts der ungünstigen Altersstruktur gerade dieser Versichertengruppen vorauszu sehende Entwicklung ihrer Sozialversicherung geäußert worden sind<sup>5)</sup>.

<sup>4)</sup> Neue Zahlen der sowjetzonalen Sozialversicherung (Einnahmen 6,5 Mrd. DM-Ost, Ausgaben 7,4 Mrd. DM-Ost, Staatszuschuß 0,9 Mrd. DM-Ost; vgl. Neues Deutschland vom 18. 5. 1958) liegen erheblich über den bisher offiziell genannten Beträgen für 1957 und den Planzahlen für 1958. Die auf einer andersartigen Abgrenzung beruhende Diskrepanz ist zur Zeit nicht näher zu analysieren; diese Angaben bestätigen jedoch die an den obengenannten Zahlen nachgewiesene Steigerungstendenz des Sozialaufwandes.

<sup>5)</sup> Vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 19/1956.

Gegenstand	Einheit†)	1957											1958		
		Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
<b>Ver. Staaten von Amerika</b>															
Bruttosozialprodukt . . . . .	Mrd. \$	23)	o) 429,9				o) 435,5			o) 440,0			432,6		424,0
Privater Verbrauch . . . . .	"	23)	276,7				278,9			283,6			282,4		281,0
Bruttoinvestition, privat einschl. Außenbeitrag . . . . .	"	23)	67,7				o) 69,7			o) 69,7			63,3		55,0
Öffentlicher Bedarf . . . . .	"	23)	o) 85,6				86,9			86,7			87,0		88,0
Beschäftigte, gesamt <sup>1)</sup> . . . . .	1000	E	63190	63865	64261	65178	66504	67221	66385	65674	66005	64873	64396	62238	61988
Arbeitslose . . . . .	"	"	57996	58431	58506	58519	58970	59449	59562	59156	59168	59057	59012	57240	57158
Produktion, gesamt <sup>2)</sup> . . . . .	1947/49 = 100	D	146	145	o) 144	o) 144	o) 145	o) 145	145	144	o) 142	o) 139	o) 135	133	130
" Verarb. Industrie . . . . .	"	"	o) 147	147	145	145	o) 147	o) 147	147	146	o) 143	o) 141	o) 137	134	129
" Bergbau . . . . .	"	"	o) 132	o) 132	o) 131	130	127	o) 128	129	129	o) 127	123	o) 123	122	119
Lagerhaltung der verarb. Ind. <sup>3)</sup> . . . . .	Mill. \$	E	52918	53334	53663	53909	53853	54093	54203	54166	o) 53871	o) 53520	52911	52461	52100
Außenhandel, Generaleinfuhr . . . . .	"	S	993	o) 1133	o) 1119	o) 1106	o) 984	o) 1146	o) 1043	o) 1009	1148	1043	1141	1095	950
" Generalausfuhr . . . . .	"	"	1611	2151	o) 1864	1813	1786	1692	1677	1540	1674	o) 1683	o) 1639	1511	1345
Goldbestand, gesamt . . . . .	"	E	22304	22306	22318	22620	22623	22627	22626	22635	22691	22763	22781	22784	22686
Zahlungsmittelumlauf, gesamt . . . . .	"	"	30575	30585	30519	30836	31082	30933	31133	31073	31090	31661	o) 31834	30576	30554
Bankdebitoren, gesamt <sup>4)</sup> . . . . .	"	S	177536	197231	192701	197257	193349	200559	190539	189294	204168	189246	220376	212868	181696
Konsumkredite, . . . . .	"	"	40758	40735	41247	41937	42491	o) 42668	o) 43101	43270	43530	44776	44776	43966	43403
Emissionen, . . . . .	"	"	2123	3248	2362	1785	2401	1977	1934	3980	o) 2670	o) 3027	2692	3441	2417
Aktienkurse (500 Aktien) <sup>5)</sup> . . . . .	1941/43 = 10	D	1071	1344	924	771	1489	991	914	973	o) 1055	o) 792	1086	688	815
Kurse festverzinslicher Werte <sup>6)</sup> . . . . .	"	"	43,47	44,03	45,05	46,78	47,55	48,51	45,84	43,98	41,24	40,35	40,23	41,12	41,26
Staatseinnahmen . . . . .	Mill. \$	S	104,3	104,5	104,3	103,2	101,1	100,0	98,3	98,1	98,2	98,3	102,7	105,9	105,7
Staatsausgaben . . . . .	"	"	7486	12145	6142	7759	12819	3734	6475	8109	3796	5845	6611	5243	7756
Großhandelspreise <sup>7)</sup> . . . . .	1947/49 = 100	D	5743	5584	5987	5944	6279	6347	5930	5667	6501	5806	5809	6011	5528
Lebenshaltungskosten <sup>10)</sup> . . . . .	" = 100	M	118,7	118,9	119,3	119,6	120,2	120,8	121,0	121,1	121,1	121,6	121,6	122,3	122,5
<b>Großbritannien</b>															
Beschäftigte, gesamt <sup>1)</sup> . . . . .	1000	E	o) 23110	o) 23094	22972	22995	23019	23040	23111	23107	23099	23082	23131	23093	23057
Registrierte Arbeitslose . . . . .	"	"	380,1	363,0	342,3	313,5	264,7	244,3	265,6	267,4	275,2	316,5	355,5	395,5	424,5
Produktion, gesamt <sup>2)</sup> . . . . .	1948 = 100	D	143	144	134	145	o) 140	128	118	143	145	148	135	138	144
" Verarb. Industrie . . . . .	"	"	147	148	137	151	147	132	120	149	149	o) 152	136	140	148
" Textilindustrie . . . . .	"	"	125	126	118	123	116	101	o) 96	116	o) 116	118	102	111	
Außenhandel, Spezialeinfuhr . . . . .	Mill. £	S	309,9	345,3	341,0	362,7	313,7	350,2	298,6	342,0	308,9	301,5	312,5	276,2	304,9
" Spezialausfuhr . . . . .	"	"	278,2	297,1	272,2	302,9	275,8	281,4	263,4	246,3	271,8	286,9	282,4	277,8	265,4
Bank von England, Goldbestand . . . . .	"	E	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4
Notenumlauf . . . . .	"	"	1873,4	1915,2	1952,2	1953,7	1995,4	2059,5	1995,5	1970,9	1967,0	2001,4	2092,1	1957,2	2018,0
Emissionen, gesamt <sup>3)</sup> . . . . .	"	S	107,5	107,5			93,8			43,5			122,6		
Aktienkurse (Financial Times) . . . . .	1935 = 100	D	185,9	187,1	197,7	204,5	203,3	204,5	199,2	190,2	170,6	168,6	166,7	164,0	159,3
Staatseinnahmen . . . . .	Mill. £	S	773,6	635,2	280,2	402,0	331,5	296,0	497,7	288,8	269,5	460,1	291,3	715,7	822,6
Staatsausgaben . . . . .	"	"	386,1	590,7	348,6	346,2	436,1	304,1	488,7	402,2	358,0	447,5	407,5	307,2	405,1
Großhandelspreise industrieller Güter <sup>13)</sup> . . . . .	30. 6. 1949 = 100	D	138,2	138,5	138,8	138,9	139,7	139,9	140,5	141,3	141,6	141,6	141,6	141,6	141,5
Lebenshaltungskosten <sup>14)</sup> . . . . .	17. 1. 1956 = 100	"	104,3	104,1	104,5	104,6	105,7	106,6	106,4	106,1	107,1	107,7	108,2	108,1	107,6
<b>Frankreich</b>															
Arbeitslose <sup>15)</sup> . . . . .	1000	E	25,5	23,5	20,7	18,5	16,6	14,5	14,0	13,6	14,5	15,6	17,2	19,6	20,5
Produktion <sup>16)</sup> . . . . .	1952 = 100	D	148	146	150	157	153	134	99	150	152	161	165	157	165
Außenhandel, Spezialeinfuhr . . . . .	Mrd. frs.	S	182,6	202,9	198,8	199,1	191,6	185,8	166,8	159,1	166,4	175,8	o) 210,1	216,0	194,1
" Spezialausfuhr . . . . .	"	"	142,7	164,9	154,1	154,3	144,6	151,4	130,9	134,7	168,5	170,9	o) 190,0	174,5	186,6
Bank v. Frankreich, Goldbestand . . . . .	"	E	301	301	301	301	201	201	201	201	201	201	201	201	201
Notenumlauf . . . . .	"	"	3066	3052	3126	3107	3130	3305	3220	3302	3293	3140	3175	3192	3198
Emissionen v. Obligationen . . . . .	"	S	25,7	0	0	25,0	0,3	—	0,5	—	0	2,0	0,7	0	20,0
Aktienkurse (122 Ind.-Akt.) . . . . .	1949 = 100	D	396	440	450	489	509	552	553	520	480	488	466	467	418
Kurse festverzinslicher Werte . . . . .	"	"	127,1	125,6	126,4	126,8	126,1	125,4	128,6	127,4	127,4	129,2	129,1	128,0	127,6
Großhandelspreise (319 Waren) . . . . .	"	"	144,4	143,6	143,8	146,2	146,2	147,5	149,6	150,3	154,9	160,9	164,4	166,4	165,7
Lebenshaltungskost. (Paris, 34W) . . . . .	1. 7. 56—30. 6. 57 = 100	"	101,0	100,4	100,3	100,1	100,7	102,2	103,4	104,7	106,3	108,8	111,1	114,9	116,2
<b>Niederlande</b>															
Arbeitslose <sup>17)</sup> . . . . .	1000	E	68,7	56,9	49,8	44,2	41,1	47,9	48,6	50,0	55,4	78,6	123,6	142,1	143,1
Produktion, arbeitstäglich . . . . .	1953 = 100	D	127	128	128	133	137	120	117	127	125	128	124	118	121
Außenhandel, Spezialeinfuhr . . . . .	Mill. hfl.	S	o) 1251	o) 1422	o) 1152	o) 1478	o) 1334	o) 1394	o) 1276	o) 1153	o) 1333	o) 1226	1182	1179	1090
" Spezialausfuhr . . . . .	"	"	o) 875	o) 1008	o) 822	o) 937	o) 899	o) 1042	o) 875	o) 1062	o) 1139	o) 1075	960	998	914
Niederländ. Bank, Goldbestand . . . . .	"	E	3097	3077	3058	3050	3050	3020	2826	2649	2649	2649	2812	2995	3132
Notenumlauf <sup>18)</sup> . . . . .	"	"	3910	3869	4074	4041	3968	4166	4046	4118	4040	3994	4203	3967	3949
Emissionen <sup>19)</sup> . . . . .	"	S	41,9	174,3	30,6	86,8	16,5	8,1	48,6	2,2	28,2	381,8	65,3	56,7	122,6
Aktienkurse . . . . .	1953 = 100	D	195,8	201,3	211,6	219,6	234,1	233,6	222,0	208,8	182,8	179,1	169,2	171,6	177,9
Großhandelspreise . . . . .	1948 = 100	"	144	143	144	144	144	145	144	143	143	143	143	143	142
Lebenshaltungskosten . . . . .	1951 = 100	M	115	114	115	116	120	121	123	124	124	123	123	123	123
<b>Belgien</b>															
Arbeitslose <sup>20)</sup> . . . . .	1000	D	149	112	102	94	94	94	84	88	94	119	190	204	204
Produktion, gesamt . . . . .	1953 = 100	"	o) 128,0	o) 129,1	o) 131,4	o) 132,0	o) 121,3	o) 91,5	o) 117,2	o) 125,3	o) 126,3	124,8	121,1	118,5	120,4
Außenhandel, Spezialeinfuhr . . . . .	Mill. bfrs.	S	14285	14803	15159	14575	13676	14013	13688	o) 13184	o) 14658	13840	13994	13311	
" Spezialausfuhr . . . . .	"	"	12733	14782	13427	13891	13327	12325	10906	o) 13062	o) 14003	o) 13132	12787	14166	12452
National Bank, Goldbestand . . . . .	"	E	43221	42379	42495	42435	42108	43572	44112	43349	43820	43758	45823	47321	48369
Notenumlauf . . . . .	"	"	110399	109388	110843	109343	109625	112769	110321	112325	110862	109388	112741	108904	109468
Aktienkurse . . . . .	1953 = 100	D	163	164	163	163	161	160	160	154	142	138	134	133	126
Großhandelspreise . . . . .	1936/38 = 100	"	440	441	443	443	441	442	439	438	439	439	441	437	431
Lebenshaltungskosten . . . . .	1953 = 100	"	106,2												



